

Der Bund

Mühleberg-Abstimmung: Regierung verlangt von BKW Mässigung

Der Regierungsrat will den Energiekonzern BKW verpflichten, sich künftig bei Abstimmungen zurückzuhalten. Er ist bereit, eine entsprechende Motion von Nadine Masshardt (SP/Bern) anzunehmen.



Am 13. Februar 2011 stimmen die Berner über den Ersatz des AKW Mühleberg ab. (Adrian Moser)

Der Regierungsrat solle sich dafür einsetzen, dass die **BKW** ihre finanziellen Beteiligungen in Abstimmungskampagnen und -komitees beende oder zumindest offenlege, forderte Masshardt.

Schliesslich seien die Aktien der BKW mehrheitlich im Besitz des Kantons Bern. Ausserdem dürfe es nicht sein, dass Stromkonsumenten zum Beispiel AKW-Propaganda mit dem Begleichen ihrer Stromrechnung unterstützen müssten, schrieb Masshardt mit Blick auf die Abstimmung über den Ersatz des AKW Mühleberg am 13. Februar 2011.

Unternehmen wie die BKW, die mehrheitlich in öffentlichem Besitz seien, sollten vor Abstimmungen grundsätzlich keine Informations- und Kommunikationsmassnahmen finanzieren, schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort. Zulässig sei hingegen eine eigene Information, wenn sie sachlich und verhältnismässig sei.

Im Fall von Mühleberg habe der Regierungsrat dem BKW-Verwaltungsrat bereits im April 2010 mitgeteilt, dass er eine Einmischung der Unternehmung in die anstehende kantonale Volksabstimmung ablehne.

BKW: «Wir haben das Recht, unseren Standpunkt darzulegen»

BKW-Sprecher Antonio Sommariva sagte am Montag, es gebe zur Mühleberg-

09.11.2010

Artikel zum Thema

BKW gelobt Mässigung bei AKW-Kampagnen

Die SP will der BKW Propaganda für ein neues AKW in Mühleberg verbieten. Die BKW signalisiert – vorerst – Zurückhaltung. [Mehr...](#)

Von Simon Thönen 09.09.2010

Abstimmung keine aussergewöhnliche Finanzierung. Man wolle den eigenen Standpunkt via die existierenden Informationskanäle wie Kundeninformationen, die Firmen-Website und Medienmitteilungen einbringen. Die BKW richte ihre Information grundsätzlich nach den geltenden Informationsgesetzen und der Bundesgerichtspraxis.

«Wenn jemand verfälschte Infos abgibt, werden wir reagieren. Wir haben das Recht, unseren Standpunkt darzulegen», fügte Somnavilla hinzu. Die BKW unterstütze aber keine Partei und keine Organisation finanziell. (met/sda)

Erstellt: 09.11.2010, 07:30 Uhr

WERBUNG



inRead invented by Teads